

App soll Austausch mit Bürgern verbessern

Teilnehmer des „World-Café“ werten die Ergebnisse der Zukunftswerkstätten aus – Staatssekretärin lobt Einsatz der Bevölkerung

VON NORBERT KOLLROS

MÜHLACKER. Nach sieben stadtteilbezogenen Zukunftswerkstätten folgte im Bürgerbeteiligungsprojekt der Stadt Mühlacker am vergangenen Samstag das sogenannte „World-Café“. Dabei handelte es sich um einen Workshop, um die zuvor erarbeiteten Wunschvorstellungen zu sichten und zu sortieren. Zudem sollte eine Art Dringlichkeitsliste aufgestellt werden.

Rund 80 Bürger – die allermeisten hatten bereits in einer der zurückliegenden Sitzungen die Weichen für die Maßnahmen der Zukunft gestellt – waren nun dazu angetreten, die Wünsche, Anregungen und Forderungen zu filtern. Dabei mussten sie diese bei übereinstimmenden oder zumindest ähnlichen Vorstellungen aus den Stadtteilen auch bündeln.

Immerhin waren in den zurückliegenden sieben Sitzungen von über 200 Teilnehmern 124 Einzelmaßnahmen vorgeschlagen worden. Es ging also auch nicht nur darum, neue Projekte anzuschieben, sondern gewissermaßen die Vorarbeit für die zwei Strategie-Werkstätten zu leisten, die im Juni anstehen.

Diese Form der Bürgerbeteiligung, wie sie aktuell in Mühlacker geleistet wird, war für die Staatssekretärin im baden-württembergischen Sozialministerium, Bärbel Mieliich, eine ausdrückliche Anerkennung wert. Die Grünen-Politikerin war eigens zu einem Grußwort nach Mühlacker gekommen, um sich beeindruckt zu zeigen, wie man sich hier mit einem Thema beschäftige, „das uns auch im Land umtreibt“: dies nämlich vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung mit einer alternden Gesellschaft, aber auch durch sich verändernde Bevölkerungsstrukturen durch den Flüchtlingszuzug. „Ihre Form

der Bürgerbeteiligung ist das, was wir uns im Land vermehrt wünschen würden“, lobte sie die Forumsteilnehmer.

Auffallend breiten Raum in der Abschlusspräsentation der Beratungsergebnisse beim World-Café bildete der Bereich Kommunikation im weitesten Sinn. Man erreiche Teile der Bevölkerung nur noch unzureichend, egal ob es um kommunalpolitische Themen gehe oder um Veranstaltungen, war eine mehrfach geteilte Auffassung. Es müssten noch intensiver die elektronischen Informationskanäle genutzt werden, lautete ein Vorschlag. Konkret: Eine Bürger-App fürs Smartphone müsse eingerichtet werden, über die Neuigkeiten kommuniziert werden könnten.

Unzureichend, so ein weiterer Eindruck, sei der Informationsaustausch zwischen den Stadtteilen. Demzufolge würden Veranstaltungen meist auch nur von der eigenen Bürgerschaft am Ort besucht. Erheb-

lich ausbaufähig sei auch die zentralörtliche Funktion der Stadt bezogen auf ihre Ortsteile. Mehr tatkräftige Unterstützung seitens der Stadt könnte auch das allzeit gelobte Ehrenamt vertragen.

Das Thema Begegnungsstätten und damit verbunden vielleicht die Nutzung der zumeist leerstehenden Kellern sollte zügig Thema im Gemeinderat werden, wurde aus der Runde heraus vorgeschlagen. Vielleicht könnte auf diese Weise auch die Tradition des „theaters in der kanne“ wieder aufleben, hieß es. Und ein anderer interessanter Vorschlag: An Tagen, wenn das Jugendhaus geschlossen habe, könne dies doch gleichfalls als Begegnungsstätte genutzt werden – gewissermaßen als Mehrgenerationenhaus.

Eine Anregung war auch, die Industriestadt Mühlacker weniger als solche zu kommunizieren, sondern mit weicheeren Standortfaktoren zu argumentieren. Als

Beispiel wurde etwa das „Arbeiten im Grünen“ genannt. Überdies würden die Vorzüge dieser Stadt viel zu wenig in die überregionale Öffentlichkeit getragen, lautete ein Fazit. Grundsätzlich sei aber auch die Kommunalpolitik gefordert, Visionen für Mühlacker zu formulieren und zu sagen, wohin die Reise gehen soll.

Bürgermeister Winfried Abicht bescheinigte den Teams, „wieder gute Arbeit geleistet“ zu haben. Bestimmt würden Themen im Gemeinderat spätestens im Rahmen der nächsten Haushaltsberatungen aufgegriffen. Erfreulich sei auch, dass nicht nur kostenverursachende Maßnahmen gefordert würden, sondern beispielsweise die mehrfach vorgeschlagene Gründung von Bürgervereinen auch ohne Zutun der Verwaltung vonstatten gehen könne. Denn letztendlich „sind wir alle die Stadt“, und gemeinsam wolle man deshalb die Zukunft meistern.

Kommentar

Anpacken

In den Zukunftswerkstätten wurden von rund 200 Bürgern insgesamt 124 Vorschläge ausgearbeitet, um die Stadt lebenswerter zu machen. Diese Zahlen sind durchaus bemerkenswert und zeugen vom großen Engagement der Bevölkerung. Es ist zu spüren, dass viele Menschen an der Entwicklung ihrer Stadt interessiert sind und nicht alles dem Gemeinderat und der Verwaltung zu überlassen wollen. Dennoch: Wenn das Beteiligungsprojekt künftig Früchte tragen soll, müssen die Entscheidungsträger am Ende auch anpacken. Es gilt, dann, sinnvolle Ideen nicht einstauben zu lassen, sondern sie in die Tat umzusetzen. (Ih)



An Vierertischen werden in wechselnder Besetzung Bürgervorschläge erörtert, hier Hermann Gommel (v. li.), Matthias Lieb, Wolfgang Schreiber und Karl-Heinz Burkhard. Fotos: Kollros